Dringlichkeitsanfrage

des Abgeordneten Küntzel (BSW)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Justiz, Migration und Verbraucherschutz

Position der Landesregierung zur beabsichtigten Migrationsgesetzgebung im Bund

Der Bundesminister des Innern bringt am 28. Mai 2025 Gesetzentwürfe zur Begrenzung der Migration in das Bundeskabinett ein. Konkret stehen eine Änderung der Zweckbestimmung in § 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), eine Aussetzung des Familiennachzugs gemäß § 36a AufenthG und die Streichung und der Entfall der verkürzten Mindestaufenthaltsdauer gemäß § 10 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsrecht (StAG) im Raum. Andere migrationspolitische Forderungen bleiben dagegen offenbar unerörtert. Es muss klar sein, dass eine Lösung der Herausforderungen im Bereich Asyl und Migration nur durch Kombination und Zusammenwirken möglichst vieler Ansätze zur Zustrombegrenzung, Fluchtursachenbeseitigung und umfassenden Integration gelingen kann.

Das **Thüringer Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz** hat die **Dringlichkeitsanfrage** vom 27. Mai 2025 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. Juni 2025 beantwortet:

1. Hat Thüringen inhaltlich und fristgerecht Stellung genommen?
2. Welche Prüfungs- und Stellungnahmefrist wurde seitens des Bundesministeriums des Inneren eingeräumt?
3. Wie hat sich Thüringen zu den einzelnen, konkreten Gesetzesänderungen geäußert (Wortlaut, inklusive eventueller zusätzlicher Anmerkungen)?

Antwort zu den Fragen 1 bis 3:

Das Bundesministerium des Innern hat am 16. Mai 2025 den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten als Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen für einen aus der Mitte des deutschen Bundestags einzubringenden Gesetzentwurf auf Arbeitsebene an die Länder übersandt. Der Referentenentwurf hat die in der Dringlichkeitsanfrage angesprochene Änderung der Zweckbestimmung in § 1 Aufenthaltsgesetz sowie eine Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre zum Gegenstand. Den Ländern wurde Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19. Mai 2025 gegeben.

Thüringen hat durch das zuständige Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz von der Gelegenheit zur Stellungnahme zum angesprochenen Referentenentwurf keinen Gebrauch gemacht, da die Regelungen im Gesetzentwurf voll inhaltlich mitgetragen werden.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium des Innern mit Schreiben vom 22. Mai 2025 den Referentenentwurf für ein Sechstes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes an die Länder übersandt und hierzu die Möglichkeit zur Stellungnahme bis 26. Mai 2025, 10:00 Uhr eingeräumt.

Das fachlich zuständige Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung hat in Absprache mit dem Landesverwaltungsamt als Fachaufsicht über die Einbürgerungsbehörden auf eine Stellungnahme gegenüber dem Bundesministerium des Innern verzichtet.

Grund hierfür ist, dass die Abschaffung der in § 10 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz geregelten Möglichkeit zur Einbürgerung schon nach drei Jahren begrüßt wird.

Meißner
Ministerin